

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Datum

05.10.2012

Ausschussbetreuender Fachbereich

Bildung, Kultur, Schule und Sport

Schriftführung

Petra Weymans

Telefon-Nr.

02202-142554

Niederschrift

Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport
Sitzung am Dienstag, 19.06.2012

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 19:00 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

A Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**

- 2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**

- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 13.03.2012
- öffentlicher Teil -
0238/2012**

- 4 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**

- 5 **Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 6 **Elternbefragung zu gewünschten Schulformen in der Sekundarstufe, Präsentation des Ergebnisses**
0318/2012

- 7 **Fortschreibung des Schulentwicklungsplans für die Sekundarstufen I und II**
0308/2012

- 8 **Delfin 4 und die Ergebnisse Sprachstandsfeststellung 2011**
0214/2012

- 9 **Rauchverbot in Schulen**
0219/2012

- 10 **Trägerwechsel beim Außerunterrichtlichen Angebot an der KGS Frankenforst**
0234/2012

- 11 **Kulturprojektförderung 2011**
0237/2012

- 12 **Jahresbericht Kultur 2011**
0252/2012

- 13 **Jahresbericht des Stadtarchivs 2011**
0241/2012

- 14 **Sanierung Stadion Bergisch Gladbach**
0297/2012

- 15 **Sanierung des Sportplatzes Steinbreche**
0298/2012

- 16 **Anträge der Fraktionen**

- 16.1 **Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB auf Einrichtung eines "Runden Tisches" zur Zukunft der Schulen in Bergisch Gladbach**
0317/2012

- 16.2 **Antrag der Fraktion Die Linke./BfBB eine 2. Gesamtschule in Bergisch Gladbach zu errichten**
0218/2012

- 16.3 **Antrag der CDU-Fraktion zur Einrichtung eines zusätzlichen Hauptschulabschusskurses an der VHS**
0337/2012

- 17 **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Miede eröffnet um 17.00 Uhr die Sitzung.

Herr Dr. Miede begrüßt sodann die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Kirchen und Verbände, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Gäste, stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung des Ausschusses und die fehlenden Ausschussmitglieder (siehe Anwesenheitsliste) fest.

Herr Dr. Miede tritt in die Tagesordnung ein.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift wird vom Ausschuss einstimmig genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 13.03.2012 - öffentlicher Teil - 0238/2012

Frau Lehnert hat eine Frage zur Festlegung der Platzzahlen im außerunterrichtlichen Angebot an den Offenen Ganztagsgrundschulen für die Schuljahre 2012/2013 und 2013/2014. In der letzten Ausschusssitzung sowie im Haupt- und Finanzausschuss und Rat sei beschlossen worden, bis zu 2.350 Plätze im außerunterrichtlichen Angebot zu fördern. In der Vorlage A10 - Trägerwechsel beim Außerunterrichtlichen Angebot an der KGS Frankenforst für die heutige Sitzung - stehe auf Seite 24 als jährliches Haushaltsziel 2.450 Plätze (inklusive Waldorfschule). Sie möchte gerne wissen, welche Zahl gültig sei. Dies habe auch Auswirkungen auf den Haushalt.

Herr Mumdey verweist auf eine Klärung im nächsten Haupt- und Finanzausschuss.

Der Durchführungsbericht wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

4. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Der Ausschussvorsitzende macht keine Mitteilungen.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Dr. Speer trägt folgende Mitteilungen vor:

- Am Samstag, den 08.09.2012 werde im Rahmen der kommunalen Bildungslandschaft erstmalig eine Bildungsmesse von 13.00 – 17.00 Uhr im Bergischen Löwen stattfinden, parallel zum Kultur- und Stadtfest. Träger von Bildungsangeboten könnten sich so einer breiten Öffentlichkeit vorstellen. Ziel sei es, an diesem Tag die gesamte Bandbreite der Bildungsangebote in Bergisch Gladbach – von der Tageseinrichtung für Kinder bis zur Seniorenbegegnungsstätte – zu präsentieren.
- Auf Antrag der FDP-Fraktion habe der Ausschuss vor einiger Zeit intensiv die Gründung eines ZDI-Zentrums (Zukunft durch Investition) diskutiert. Leider fehlten zur Umsetzung die nötigen Ressourcen. Im Rahmen des Bildungsnetzwerkes Rhein-Berg sei nun am 11.06.2012 die Gründungsurkunde für das ZDI-Zentrum Rhein-Berg unterschrieben worden. Viele Kooperationspartner kämen aus Bergisch Gladbach; ebenso seien alle Bergisch Gladbacher Schulen mit einer Sekundarstufe II vertreten. Er freue sich, dass diese Idee der FDP-Fraktion umgesetzt werden konnte.

6. Elternbefragung zu gewünschten Schulformen in der Sekundarstufe, Präsentation des Ergebnisses

0318/2012

Herr Dr. Miede bittet Herrn Pütz, die Ergebnisse der Elternbefragung vorzustellen.

Herr Pütz stellt seine Kollegin Frau Steidle vor, die an der Elternbefragung mitgearbeitet habe und nun mit ihm die Ergebnisse präsentieren werde. Die PowerPoint-Präsentation werde der Niederschrift beigelegt.

Nach dem Vortrag von Herrn Pütz und Frau Steidle dankt Herr Dr. Miede beiden für die ausführliche Darstellung und schlägt vor, in dieser Sitzung nur Fragen zu stellen und die Diskussion erst zu führen, wenn der Schulentwicklungsplan überprüft worden sei. Er eröffnet die Fragerunde.

Herr Klein möchte wissen, warum bei den Kindertagesstätten nur die Eltern des letzten Kindergartenjahres befragt worden seien und warum die Befragung nicht auf alle Eltern ausgeweitet worden sei, die Kinder hätten. Auch die Eltern von Kindern, die noch nicht in die Kindertagesstätte gingen und die sich zukünftig mit der Schulwahl beschäftigen müssten, hätten angeschrieben werden müssen. Unklar sei ihm auch, ob die Eltern, deren Kinder von einer Tagesmutter betreut würden, befragt worden seien. Er frage sich, wenn eine so richtungsweisende Entscheidung zu treffen sei, warum nicht alle Eltern angeschrieben worden seien, die zukünftig von dieser Entscheidung betroffen seien. Auch wäre so der schlechte Rücklauf aus den Kindertagesstätten zu vermeiden gewesen.

Herr Pütz antwortet, über die zu befragenden Jahrgänge könne man streiten. Er habe bei den Elternabenden einen anderen Eindruck gewonnen, als wie ihn Herr Klein hier vermittele. Sie seien an diesen Abenden mehrfach von Eltern, deren Entscheidung für die weiterführende Schule für sie selber noch weit entfernt läge, gefragt worden, warum sie überhaupt befragt würden. Sie hätten diesen Eltern erklärt, dass für die Entwicklung eines bedarfsgerechten Schulangebotes die Einschätzung der befragten Eltern wichtig sei.

Frau Beisenherz-Galas möchte gerne wissen, ob alle Eltern von Grundschulkindern befragt worden seien. Sie habe anderslautende Informationen.

Herr Pütz antwortet, die Fragebögen seien allen Grundschulen zugeleitet worden. In einer Klasse - dies sei ihm bekannt - sei der Fragebogen nicht verteilt worden. In den Sommerferien werde eine Langfassung der Auswertung erstellt. In dieser würden dann auch die Rückläufe aus den einzelnen Schulen dargestellt.

Herr Klein möchte noch einmal nachfragen. Er möchte gerne wissen, warum nur ein Teil der Eltern von Kindergartenkindern befragt worden seien. Warum sei nur die Meinung eines Teiles der Eltern für die Entscheidungsfindung für alle Eltern interessant und nicht die Meinung aller Eltern. Er selber habe Kinder, die noch nicht in einer Kindertagesstätte seien, und er persönlich fühle sich da übergangen. Er kenne auch andere Eltern, die dies ebenso sähen. Man könne doch nicht aus drei Gesprächen Rückschlüsse ziehen auf das Wahlverhalten aller Eltern. Hätte die Verwaltung alle Eltern befragt, hätte er diese Frage im Sinne der Demokratie jetzt nicht stellen müssen.

Herr Pütz antwortet, die Verwaltung habe zunächst eruiert, wie andere Kommunen eine solche Befragung durchgeführt hätten. Die Regel sei, dass man die Eltern der Jahrgänge befrage, bei denen eine Entscheidung anstehe. In Köln habe man nur die Eltern des dritten Grundschuljahrgangs befragt. Seiner Meinung nach widerspreche sich Herr Klein ein wenig selbst, da er gefordert habe, die Befragung in den Dezember zu legen, wenn für die Eltern die Entscheidung anstehe und sie sich damit befassen würden. Die Eltern, deren Kinder noch fünf Jahre bis zur Einschulung hätten, würden sich auch im Dezember nicht damit befassen, sondern erst wenn die Entscheidung für die weiterführende Schule anstehe. Idealtypisch wäre sicher, eine Befragung durchzuführen, wenn die entsprechenden Konferenzen anstünden. Allerdings reiche dann die Zeit nicht, um Beschlüsse zu fassen und die Verfahren zeitgerecht auf den Weg zu bringen.

Herr Mömkes findet, die Verwaltung habe hier vollkommen richtig gehandelt. Die Ausweitung der Befragung auf den letzten Kindergartenjahrgang sei bereits sehr großzügig gewesen. Es wäre unsinnig gewesen, bereits Eltern, deren Kinder weder laufen noch sprechen könnten, zu befragen. Eine Grenze müsse gezogen werden und diese liege dort, wo man die Entwicklung eines Kindes nachvollziehen könne.

Herr Kleine dankt der Verwaltung für die kurze Präsentation. Diese habe bereits sehr viele Informationen geliefert. Ansonsten möchte er sich den Ausführungen von Herrn Mömkes anschließen.

Herr Dr. Miede schließt die Diskussion.

7. **Fortschreibung des Schulentwicklungsplans für die Sekundarstufen I und II**
0308/2012

Die Mitteilungsvorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

8. **Delfin 4 und die Ergebnisse Sprachstandsfeststellung 2011**
0214/2012

Herr Dr. Speer erklärt, dieser Tagesordnungspunkt sei auch bereits im Jugendhilfeausschuss behandelt und zur Kenntnis genommen worden. Der JHA werde für seine nächste Sitzung einen Vertreter des Gesundheitsamtes einladen, um das Thema frühkindliche Sprachförderung auch aus medizinischer Sicht zu begleiten.

Frau Lehnert findet es sehr traurig, dass die Sprachförderbedarfe erneut angestiegen seien. Defizite müssten frühzeitig mit Unterstützung aufgearbeitet werden. Sie hätten auch bereits angeregt, parallel zu MIKIBU, eine analoge Unterstützung für alle Kinder anzubieten. Vielleicht könne man diesen Appell in die Stadtteilkonferenzen geben und in die Arbeit mit aufnehmen. Der Vorlage könne man auch entnehmen, welche Bereiche besonders betroffen seien. Die Frage sei, ob dies in den Stadtteilkonferenzen oder dem Stadtteilmanagement besonders berücksichtigt werde.

Herr Dr. Miede verspricht, dies aufzunehmen.

Frau Winkels hat eine Frage zur Umsetzung der Sprachförderung in Kindertagesstätten. Unter Ziffer 2 (Seite 16, erster Absatz) wird ausgeführt, dass die Sprachförderung auch durch eine „externen Kraft“ geschehen könne. Sie möchte gerne wissen, wie viele externen Kräfte eingesetzt würden und wie diese bezahlt würden. Ferner möchte sie gerne wissen, wann die in Ziffer 2 (letzter Absatz) erwähnte Abfrage des Jugendamtes in den Kindertagesstätten durchgeführt werde.

Herr Dr. Speer erklärt, nach Rücksprache mit dem Jugendamt obliege dem Träger einer Kindertagesstätten, ob und welche externen Kräfte dieser für die Sprachförderung einstelle. Bezahlt würden diese aus den Mitteln, die über das Programm Delfin 4 zur Verfügung gestellt würden. Das Jugendamt habe keinen Überblick über die Anzahl der derzeit in den Kindertagesstätten eingesetzten externen Kräfte. Die Befragung des Jugendamtes solle im Herbst durchgeführt werden. Diese sei eigentlich schon vorbereitet gewesen, aber aus formalen Gründen verschoben worden.

Frau Lehnert merkt an, das alternativ zu einer externen Kraft auch eine speziell geschulte Kraft aus der Einrichtung die Sprachförderung durchführen könne. Sie gehe davon aus, dass viele Einrichtungen ihre eigenen Kräfte schulen lassen würden, damit eine Förderung auch im Laufe des Alltagsbetriebes möglich sei.

Herr Dr. Miede entgegnet, die Frage sei die Qualifikation der externen Kraft. Die Kraft der Einrichtung sei als zusätzlich beschult benannt. Über die Vorbildung der externen Kraft sei nichts ausgeführt. Daher sei eine Nachfrage nötig.

Frau Reudenbach hat eine Frage zum Förderprogramm Bundesinitiative „Offensive Frühe Chancen“ (Seite 17). Sie möchte gerne wissen, welche fünf Kindertagesstätten als Schwerpunkt-Kitas Sprache & Integration Fördergelder erhielten.

Herr Speer antwortet, laut Mitteilung des Jugendamtes erhielten die Montessori-Kindertagesstätte Bockenbergr (Reginharstr.), das Haus der Kinder (AWO) in Heidkamp, das ZAK (Bockenbergr), die Kindertagesstätte Am Golfplatz und die Kindertagesstätte Lehmpöhler Waldkinder diese Fördergelder.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

9. Rauchverbot in Schulen *0219/2012*

Herr Dr. Miede betont, ein solches Verbot durchzusetzen, hänge auch von der Kontrolle ab. Er bitte die Verwaltung, zusätzliche Kontrollen zumindest zu überlegen. Er möchte noch darauf hinweisen, dieses Verbot gelte für alle Bergisch Gladbacher Schulen.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

10. Trägerwechsel beim Außerunterrichtlichen Angebot an der KGS Frankenforst
0234/2012

Herr Dr. Speer teilt mit, der Jugendhilfeausschuss habe in seiner Sitzung am 05.06.2012 der Vorlage einstimmig, bei zwei Enthaltungen der Kreativitätsschule und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zugestimmt. Ferner seien die formalen Voraussetzungen inzwischen erfüllt. Sowohl die Eintragung in das Vereinsregister beim Amtsgericht wie auch die Anerkennung der Gemeinnützigkeit durch das Finanzamt lägen nun vor.

Frau Lehnert erklärt, sie freue sich, dass man zu einem guten Ergebnis gekommen sei. Sie möchte an dieser Stelle ganz herzlich der Verwaltung, besonders Frau Liebmann, Frau Odenthal und Herrn Zenz danken, die sich von vorneherein in diesem Prozess sehr engagiert beteiligt und diesen auch sehr eng begleitet hätten, von der Erstellung des Konzeptes bis hin zur Antragstellung. Danken möchte sie auch dem neuen Trägerverein, der eine große Verantwortung übernehme. Das von der Kreativitätsschule dankenswerterweise entwickelte Konzept werde weitergeführt und weiterentwickelt, sowie an die Verhältnisse der Schule angepasst. Positiv sei auch, dass der Trägerwechsel relativ geräuschlos vonstattengegangen sei. Das Personal sei geblieben. Es gebe eigentlich keine spürbare Veränderung. Dafür danke sie den Beteiligten. Den Kritikpunkt aus dem Jugendhilfeausschuss, es handle sich hier um einen unerfahrenen Träger und man habe Befürchtungen, dass dieser scheitern könne, könne sie so nicht mittragen. Bei der Gründung von Kindertagesstätten vor einigen Jahren habe man gerade vielen Elterninitiativen eine Trägerschaft zugetraut und Verantwortung übertragen. Daher glaube sie, dass auch diesem Verein dies zuzutrauen sei, zumal es sich auch im schulischen Alltag um erfahrene Personen handele.

Herr Neu teilt mit, die SPD-Fraktion könne sich den Worten von Frau Lehnert eindeutig anschließen. Auch sie hielten dies für ein gutes Ergebnis. Herr Neu möchte noch wissen, ob der Entwurf der Kooperationsvereinbarung bereits erstellt worden sei (Seite 22).

Herr Dr. Speer antwortet, die Kooperationsvereinbarung sei noch in Arbeit.

Frau Beisenherz-Galas erklärt, die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN bedauerten die Aufgabe der Zusammenarbeit mit der Kreativitätsschule. Sie möchten gerne etwas mehr über die Hintergründe der Vertragskündigung wissen, da man laut Vorlage ja mit der Arbeit der Kreativitätsschule mit den Kindern sehr zufrieden gewesen sei. Ihnen sei dies nicht so transparent. Sie sähen das neue Angebot eigentlich eher als ein Experiment, dem sie aber zustimmen würden. Allerdings hätten sie auch Bedenken, ob der neue Verein die großartigen Versprechungen auch einhalten werden könne. Sie könnten sich kaum vorstellen, dass dieses tolle Konzept in der Praxis umsetzbar sei. Nichtsdestotrotz möchten sie den Verein auch nicht entmutigen und freuten sich über eine weitere Initiative.

Herr Dr. Miede antwortet, das Schulgesetz sehe in § 75.4 und 9.3 vor, dass die Schulkonferenz einer Schule über die Verlängerung eines Vertrages entscheide. Die Kündigung sei rechtmäßig erfolgt. Der Versuch der Mediation habe stattgefunden, sei aber gescheitert. Einzelheiten könne er nur im nichtöffentlichen Teil erläutern.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **einstimmig** bei keiner Enthaltung folgende Beschlussempfehlung:

Der in Gründung befindliche Verein „perpeto“ wird auf Grund der noch fehlenden Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe im Rahmen eines Einzelbeschlusses gemäß den „Richtlinien zur städtischen Förderung der kommunalen Bildungslandschaft, Teil II: Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern im 6. – 10. Lebensjahr“ (Ausnahmeregelung zu Punkt 3.1 der Richtlinien) gefördert. Eine Auszahlung von Fördermitteln ist erst zulässig,

wenn die Eintragung in das Vereinsregister erfolgt und die Anerkennung der Gemeinnützigkeit nachgewiesen ist.

11. Kulturprojektförderung 2011

0237/2012

Frau Bischoff dankt dem Kulturbüro für die umsichtige Verteilung der doch sehr bescheidenen Mittel an alle Genres und Akteure.

Herr Dr. Miede und Frau Koshofer schließen sich den Worten von Frau Bischoff an.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

12. Jahresbericht Kultur 2011

0252/2012

Herr Dr. Miede schlägt vor, die einzelnen Berichte hintereinander zu behandeln.

Produktgruppe Kulturförderung

Herr Kleine möchte gerne wissen, wie hoch die finanzielle Unterstützung der Karnevalsumzüge und der Sitzungen im Bergischen Löwen sei. Ferner möchte er gerne wissen, ob das sehr schöne Projekt „Mach was mit Goethe“ (Seite 70), an dem 14 Jugendliche teilgenommen hätten, wiederholt werde und ob man auch mehr Jugendliche für ein solches Projekt gewinnen könne.

Herr Mumdey schlüsselt die Zuschüsse für den Bereich Karneval auf:

| | 2012 | 2013 veranschlagt |
|--|---|-------------------|
| Zuschuss an die Karnevalsvereine zur Durchführung der Karnevalszüge | 15.132,39 €, aber auf Grund einer Spende i.H.v. 15.000 € nicht ausbezahlt | 15.132,39 € |
| Zuschuss für das Kinderdreigestirn | 204,52 € | 204,52 € |
| Zuschuss zur Pacht für das Grundstück Ferdinandstraße, auf dem die Wagenhalle zur Unterbringung der Karnevalswagen steht | 3.067,80 € | 3.067,80 € |
| Zuschuss für die Anmietung des Bergischen Löwen für die Prinzenproklamation | 6.288,64 € | 6.565 € |
| Zuschuss für die Anmietung des Bergischen Löwen für die Karnevalssitzung für Menschen mit und ohne Behinderung | 1.836,14 € | 1.900 € |
| Übernahme Kosten der Brandwache für den Bürgerball im Bergischen Löwen | 355,04 € | 500 € |

Zur Frage von Herrn Kleine zu dem Projekt „Mach was mit Goethe“ erklärt Herr Dr. Speer, die Ergebnisse des Projektes seien bei der 50-Jahr-Feier der Johannes-Gutenberg-Realschule vorgestellt worden. Was die Schülerinnen und Schüler mit diesem sehr sperrigen Stoff gemacht hätten, sei sehr

überzeugend gewesen. Er habe die Teilnehmerzahl an diesem Projekt angesichts der verschiedenen AG-Angeboten für gut gefunden. Im Rahmen von rhein/medial würden wieder Projekte durchgeführt. Frau Binz habe bereits ein inklusives Medienprojekt auf den Weg gebracht.

Frau Dietsch hat eine Nachfrage zum Zuschuss zu den Sitzungen im Bergischen Löwen. Sie wundere sich, dass die Prinzenproklamation mit ca. 6.000 € berechnet werde und die Sitzung für Menschen mit und ohne Behinderung nur mit ca. 2.000 €, da beide am selben Tag im selben Saal stattfänden.

Herr Mumdey erklärt, er könne hier gerne nachfragen.

Herr Klein dankt Herrn Mumdey für die Bekanntgabe der Zahlen und dem dadurch ermöglichten Vergleich zur Höhe der Kulturprojektförderung.

Nachrichtlich FB 4 - ein Literaturhinweis: Dieter Kramer, Kulturpolitik neu erfinden – Die Bürger als Nutzer und Akteure im Zentrum des kulturellen Lebens. Hamm, 2012. Bd. 28 oder Texte zur Kulturpolitik, hrsg. von der kulturpolitischen Gesellschaft.

Produktgruppe Stadtbücherei

Herr Kleine möchte gerne die aktuelle Entwicklung der Ausleihzahlen nach der achtmonatigen Schließung und dem Umzug wissen. Ihn interessiere, ob der Umzug angenommen worden sei und wie sich dies auf die Ausleihzahlen auswirke. Ferner möchte er gerne wissen, ob die Stadtbücherei bereits Erfahrung bezüglich der Resonanz bei den E-Books habe. Die Buchhandlungen selber seien mit der Resonanz und der Abnahme unzufrieden.

Frau Lenz-Reichwein erklärt die Unterbringung der Bücherei Bensberg im ersten Stock habe eindeutig Nachteile. Dies sei auch durch die Beschriftung außerhalb nicht besser geworden. Im Mietvertrag sei der Bau eines Außenaufzuges enthalten. Dieser sei jedoch bisher nicht gebaut worden. Sie erhoffe sich durch diesen Eyecatcher eine größere Wahrnehmung der Stadtbücherei. Sie habe bereits mit Herrn Schmickler gesprochen, der auf den Bau des Aufzuges drängen werde. Zu der Frage nach den E-Books erklärt sie, die Stadtbücherei habe durchaus Erfahrung mit den elektronischen Medien durch ihre Bildstelle. Mittlerweile erwerbe die Stadtbücherei elektronische Medien über Lizenzen von der Landesbildstelle in Düsseldorf. Diese würden in den Rechnern „geparkt“. Die Schulen könnten diese Filme dann über das Internet mit Passwort abrufen. Es herrsche ein reger Abruf, wie die Statistik zeige. Dies würde sie auch gerne auf die Bücherei übertragen. Hier gebe es allerdings ein finanzielles Problem, denn bei den Anlaufzeiten sei zu beachten, dass vor allem im belletristischen Bereich die Medien zweifach vorgehalten werden müssten, einmal als Printmedium und einmal als elektronische Ressource. Diese Mittel seien aber nicht vorhanden. Allerdings zeichne sich eine positive Entwicklung ab: 2013 könne die Stadtbücherei an einem Landesprojekt teilnehmen. Der Erwerb von elektronischen Medien werde hier zu 50 % über Landesmittel erfolgen.

Produktgruppe Volkshochschule

Herr Kleine möchte den auf Seite 78 dargestellten hohen Kostendeckungsgrad von 164 % positiv hervorheben. Dies sei großartig und auf die sehr gute Arbeit der Volkshochschule zurückzuführen. Ferner sei der Antrag der CDU-Fraktion zur Einrichtung eines zusätzlichen Hauptschulabschlusskurses an der VHS absolut zu unterstützen.

Herr Dr. Miede spricht das im zweiten Absatz (Seite 75) angesprochene Problem der Parkgebühren an. Vielleicht könne die Verwaltung die Möglichkeit eines Dauerparkausweises für Kursteilnehmer

diskutieren, um deren Kosten zu reduzieren. Diese Möglichkeit werde in anderen Großstädten angeboten.

Produktgruppe Haus der Musik

Herr Kleine dankt der Musikschule für ihre hervorragende Arbeit. Auffallend sei, dass die Musikschule mit vielen dezentralen Standorten über das ganze Stadtgebiet verteilt sei. Dies sei eine enorme logistische Herausforderung, die brillant gemeistert werde. Bezüglich der Kooperationen mit den allgemeinbildenden Schulen würde die SPD-Fraktion es begrüßen, wenn noch mehr Schulen mit der Musikschule kooperieren würden, wohl wissend, dass es Leistungsgrenzen gebe.

Der Ausschuss schließt sich dem Dank von Herrn Kleine an.

Produktgruppe Kunst- und Kulturbesitz

Frau Koshofer möchte gerne auf die Gradwanderung zwischen der Nutzung des Erdgeschoss und einer Einbindung in das Stadtmarketing eingehen. Ihrer Meinung nach könne die Nutzung des Erdgeschosses, wenn dieses nicht museal genutzt werde, als ein Stadtmarketing betrachtet werden. Ferner, möchte sie hervorheben, sei die Akzeptanz der Städtischen Galerie durch die derzeit stattfindenden interessanten Ausstellungen deutlich gestiegen.

Herr Kleine spricht die neue Gebührenordnung an. In der Vorlage stehe, dass trotz gestiegener Eintrittsgebühren die Besucherzahlen unverändert geblieben seien. Die Befürchtung, dass diese Erhöhung zu Einnahmeausfällen führe, habe sich glücklicherweise nicht erfüllt. Unter dem Punkt Veranstaltungen werde auch auf zahlreiche private Veranstaltungen hingewiesen. Hier möchte er gerne wissen, um welche Art von Veranstaltungen es sich hier handele und ob es bereits eine kleine statistische Erhebung hierzu gebe. Auch möchte er noch auf die zurückhaltende Kritik in der Vorlage an der anderweitigen Nutzung des Erdgeschosses eingehen (Seite 88). Die Intension der Politik sei, die Städtische Galerie noch für weitere Bevölkerungsgruppen zu erschließen, indem auch private Veranstaltungen ermöglicht würden. Frau Dr. Oelschlägel habe vielleicht einen anderen Eindruck. Diese wechselseitigen Missverständnisse sollten noch ausgeräumt werden.

Auch Frau Beisenherz-Galas möchte auf den zweiten Absatz unter der Überschrift Ausblick eingehen. Laut Frau Dr. Oelschlägel sollten die geringen Öffnungszeiten des Museums respektiert werden, um weiterhin Fördergelder in Anspruch nehmen zu können und den Ruf der Städtischen Galerie zu stärken. Sie glaube nicht, dass es hier um irgendwelche Befindlichkeiten gehe. Die Sorge von Frau Dr. Oelschlägel, dass bei permanenten Interessenkollisionen Fördergelder für das Museum gefährdet seien, sollte man ernst nehmen.

Herr Dr. Mieke entgegnet, es gehe aber auch darum, dass das Erdgeschoss entsprechend benutzt und genutzt werden könne. Er mache Frau Dr. Oelschlägel den Vorschlag, zur nächsten Ausschusssitzung die folgenden Fragen zu beantworten:

- Wie hoch ist der Anteil der Privaten Veranstaltungen?
- Wie hoch sind die Einnahmen?
- Um welche Fördergelder handelt es sich?
- Wie ist der Zusammenhang zwischen Fördergelder und den Öffnungszeiten?

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

13. Jahresbericht des Stadtarchivs 2011
0241/2012

Herr Mömkes spricht die vom Stadtarchiv in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für LehrerInnenbildung der Universität Köln durchgeführten Lehrerfortbildung zur Nutzung lokaler Archivquellen im Geschichtsunterricht an. Er habe gehört, diese Fortbildung sei außerordentlich gut angekommen und möchte gerne wissen, ob eine solche Fortbildung in diesem Jahr oder im nächsten Jahr wiederholt werden könne. Er halte es für außerordentlich wichtig, dass das städtische Archiv vor Ort auch direkt von den Schulen genutzt werden könne.

Herr Dr. Eßer erklärt, es sei sinnvoll eine solche Fortbildung zu wiederholen, wenn das nächste Quellenheft erscheine. Dies sei für Ende dieses Jahres geplant. Eine Fortbildung mit neuen Inhalten bezogen auf das neue Quellenheft wäre in 2013 möglich.

Herr Kleine möchte auch Herrn Dr. Eßer für die hervorragende Arbeit des Stadtarchivs danken. Dem schließt sich der Ausschuss an.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

14. Sanierung Stadion Bergisch Gladbach
0297/2012

Herr Neu beantragt für die SPD-Fraktion die Vertagung des Tagesordnungspunktes. Es handele sich hier – komplett betrachtet – um sehr sinnvolle Maßnahmen. Allerdings bestünden noch Unklarheiten und erheblicher Beratungsbedarf. Den haushaltsrelevanten Beschluss solle der Ausschuss nicht fassen, sondern an den Haupt- und Finanzausschuss und Rat verweisen, damit die Mittel schon im Haushalt bereitgestellt werden könnten.

Herr Kraus erklärt für die CDU-Fraktion, sie würden sich dem Vertagungsantrag der SPD-Fraktion mit einer Ergänzung anschließen. Bezüglich Ziffer 3 der Beschlussvorlage sollten die Vereine TV Herkenrath e.V. und SV 09 Bergisch Gladbach e.V. der Verwaltung gegenüber bis zum 30.08.2012 schriftlich verbindlich erklären, ob sie zur Übernahme jeweils der Hälfte der Mehrkosten bereit seien oder nicht.

Frau Koshofer erklärt, sie schließe sich den Worten von Herrn Kraus an. Sie halte den Zusatz für sinnvoll, damit die Verbindlichkeit in der Bevölkerung auch ankomme.

Herr Mumdey erläutert, dass der Ausschuss den Maßnahmenbeschluss erst im September fassen könne. Anfang Juli werde der Haushalt beschlossen und dann von der Kommunalaufsicht beim Kreis unter Einschaltung der Kommunalaufsicht Bezirksregierung geprüft. Zu dem Vorschlag von Herrn Kraus erklärt er, hier werde ebenso gehandelt wie bei den anderen Vereinen. Die Vereine müssten nicht nur eine Erklärung abgeben, sondern auch eine schlüssige Darstellung der Realisierbarkeit einreichen.

Herr Dr. Kerschner erklärt, auch die KIDinitiative stimme der Vertagung zu. Auch die KIDinitiative habe noch Fragen zur Vorlage. Er habe versucht die Investitionskosten für die einzelnen Szenarien in einer Tabelle gegenüberzustellen und die jährlichen Folgekosten herauszufinden. In der Vorlage könne er eine Wirtschaftlichkeitsprüfung herauslesen. Allerdings seien ihm die Zahlen vollkommen unverständlich. Unverständlich sei ihm z.B., wie eine Beibehaltung des derzeitigen Status, also kein Investitionsvorhaben, teurer sein solle, als wenn etwas Neues gemacht werde. Dies erschließe ihm sich nicht. Ferner fehlten ihm die Unterhaltungskosten, die der Nebenplatz in Rasenform verursa-

che. Ihn interessiere, ob diese genauso hoch seien, wie die Unterhaltungskosten für den Stadionrasen oder eventuell sogar geringer. Ein Umbau des Nebenplatzes könnte möglicherweise dann kostengünstiger sein. Ihm fehlten noch diese Zahlen. Er frage an, ob es möglich sei, die Zahlen noch einmal genauer und in einfacherer Form gegenüberzustellen. Ferner könne er sich nicht vorstellen, dass man die Kosten so genau wie auf Seite 101 vorausberechnen könne.

Herr Mumdey erklärt, die Zahlen könnten zusammengestellt zur Verfügung werden. Es gebe ein entsprechend überprüftes Grundgerüst.

Herr Dr. Miede schlägt Herrn Dr. Kerschner vor, seine Fragen schriftlich bei der Verwaltung einzureichen, damit diese schriftlich beantwortet werden könnten.

Frau Beiserherz-Galas teilt mit, auch die Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen habe noch dringenden Beratungsbedarf bei dieser sehr komplexen Materie und werde daher diesem Antrag gerne zustimmen.

Frau Scheerer möchte noch gerne wissen, ob eine Zweckbindung auf die Landesmittel bestehe, die die Stadt ihres Erachtens damals für den Stadionbau bekommen habe. Ferner möchte sie wissen ob die Entsorgungskosten für den Kunstrasen, der ja auch nur eine begrenzte Zeit brauchbar sei, in der Nutzung je Stunde mit einberechnet worden sei bei der Berechnung Kunstrasen gegen Naturrasen (Seite 98).

Herr Mörs möchte gerne wissen, ob die Stadt oder der Verein die Sponsorengelder für das Stadion erhalte.

Herr Mumdey erklärt, seinem Wissen nach erhalte die Stadt nur einen kleinen Anteil der Sponsorengelder. Er werde die genauen Zahlen nachliefern.

Nachrichtlich VVI: Es bestehe eine Vereinbarung vom 05.09.2005 mit dem SV Bergisch Gladbach 09 e.V. zur Gestattung der werblichen Nutzung des Stadions. Grundlage hierfür sei die Vergabe der Namensrechte bezüglich des Stadions an die Belkaw und die Bandenwerbung gewesen. Insgesamt habe der Verein im Spieljahr 2010/2011 durch die Namensrechte und die Bandenwerbung Gesamtumsätze in Höhe von 105.289,21 EUR erzielt; davon entfielen 60.000,- EUR allein auf die Namensrechte. Die Stadt Berisch Gladbach erhalte von diesem Gesamtumsätzen gemäß der Vereinbarung mit dem Verein einen Anteil von 10 % und damit absolut in Höhe von 10.528,92 EUR. Der Verein sei u.a. zuständig für das sichere Befestigen der Bandenwerbung. Mit der Vergabe der Namensrechte habe die Belkaw auch die elektronische Anzeigetafel im Stadion in voller Höhe bezahlt.

Herr Klein erklärt für die Fraktion DIE LINKE./BfBB, sie werde dem Vertagungsantrag ebenfalls zustimmen. Auch ihnen sei nicht ersichtlich, wie sich die einzelnen Kalkulationen zusammensetzten, zumal auf Seite 103 von Schätzungen von Spezialfirmen gesprochen werde. Er bitte um dezidiere Zahlen bis zur nächsten Ausschusssitzung. Vielleicht wäre es auch möglich Kostenvorschläge zu den verschiedenen Platzrenovierungen oder – stilllegungen anzufragen. Ferner möchte er wissen, warum keine Abdeckung des kieselrotbelasteten Platzes mit einer Textilbahn vorgesehen sei, wie bei der Sanierung Sportplatz Steinbreche. Ferner möchte er wissen, ob für einen reinen Rasenneubau die auflösende Rückstellung von 400.000 EUR berücksichtigt worden sei, was ja auch eine kleine und günstigere Lösung für das Stadion darstellen könnte. Diese Mittel müssten im neuen Haushalt nicht neu bereitgestellt werden. Zusätzlich vermisse er bei der Gegenüberstellung der Kosten zwischen Naturrasen und Kunstrasen die Kosten für die Wässerung des Kunstrasens in den Sommermonaten, um die Staubentwicklung gering zu halten. Diese Kosten seien zwar beim Naturrasen aufgeführt, aber nicht beim Kunstrasen. Es gebe viele Einzelheiten, die aus der Vorlage nicht ersichtlich seien. Er schließe sich seinen Vorredner an und bitte darum, diese für die nächste Sitzung noch aufzulisten.

Herr Mumdey erklärt, die gewünschten Zahlen könnten natürlich bereitgestellt werden. Er möchte aber noch betonen, dass eine Sanierung des Kieselrotplatzes im Stadion nicht zur Debatte stehe. Es werde nichts auf den Kieselrotplatz drauf gebaut, da sich darunter eine Deponie befinde. Er möchte nur an die Probleme mit der angrenzenden Feuerwache erinnern.

Herr Dr. Miede lässt über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport stimmt einstimmig ohne Enthaltung für den Antrag der SPD-Fraktion.

15. Sanierung des Sportplatzes Steinbreche
0298/2012

Herr Neu erklärt, die SPD-Fraktion könne dem Antrag entsprechen. Die Vorlage sei sehr gut aufgebaut und weise auf die Historie dieses Platzes und die Entwicklung der früheren Prioritätenliste hin. Allerdings habe die Beschlussvorlage einen Schwachpunkt. In Ziffer 3 stehe, der Sportverein SV Refrath/Frankenforst übernehme die Kosten für den Neuaufbau des Sportplatzes Steinbreche mit Kunstrasen. Dies koste ca. 300.000 bis 350.000 € und könne der Verein nicht bezahlen. Die SPD-Fraktion schlage daher vor, dass ein Unterschiedsbetrag genommen werde, der früher bereits einmal besprochen worden sei. Der Verein trage die Kosten zwischen Aufbau Tennenplatz und Kunstrasenplatz. Der Betrag zum Aufbau eines neuen Tennenplatzes solle dem Verein zusätzlich zur Verfügung gestellt werden. Die SPD-Fraktion beantrage die Modifizierung der Ziffer 3. Er möchte noch gerne vom Kämmerer wissen, ob dies bereits mit diesem Haushalt beschlossen werden müsse.

Herr Mumdey antwortet, es gehe nicht so sehr um den Maßnahmenbeschluss wie um die haushaltsmäßige Bereitstellung der Mittel. Diese müsse dieses Jahr erfolgen, um einen Antrag auf Landesmittel stellen zu können.

Auf Nachfrage von Frau Dietsch, ob denn nicht ein Zuschuss beantragt werden könne, ohne eine konkrete Zahl zu benennen, erklärt Herr Mumdey, es müsse nachgewiesen werden, dass Mittel im Haushalt bereitgestellt würden.

Herr Kraus erklärt, die CDU-Fraktion schließe sich dem Vorschlag der SPD-Fraktion an und beantrage, die Ziffer 3 des Beschlussvorschlages wie folgt zu formulieren: „**Die Stadt trägt die Kosten bis zur Errichtung eines Tennenplatzes analog dem Vorgehen bei dem Sportplatz Milchborn-tal. Der SV Refrath/Frankenforst übernimmt die Mehrkosten für den Neuaufbau des Kunstrasens**“. Die CDU-Fraktion schlage als Deckungsvorschlag „Baukosten Schulen allgemein“ vor.

Herr Dr. Miede findet, der Deckungsvorschlag müsse im Haupt- und Finanzausschuss diskutiert werden. Er sei gegen diesen Deckungsvorschlag. Dies sei auch so nicht im Antrag formuliert.

Auch Herr Dr. Kerschner hält den Deckungsvorschlag für sehr kritisch und möchte dem energisch widersprechen. Man könne nicht den Schulen Mittel wegnehmen um einen Sportplatz mit Kunstrasen auszustatten.

Herr Mumdey empfiehlt den Beschluss über die Sanierung zu fassen, vorbehaltlich der Sicherstellung der Finanzierung im Haushalt 2012/2013. Im Rahmen der Haushaltsberatungen solle dann über den Investitionsetat befunden werden. Dies sei der richtige Ort, um solche Fragen zu beantworten.

Herr Mömkes zeigt sich im Wesentlichen mit dieser Vorgehensweise einverstanden. Er möchte allerdings darauf hinweisen, dass Sportplätze auch immer wieder von Schulen genutzt würden. Im Stadion beispielsweise werde die nutzbare Zeit zu 50 % von Schulen benutzt.

Herr Klein erklärt ungeachtet der Notwendigkeit der Sanierung dieses Kieselrotplatzes in nächster Zukunft, gebe es mehrere Möglichkeiten – auch der Finanzierung -, wie dies vonstattengehen könne. Er möchte gerne wissen, wie das Konstrukt, wenn ein Großteil der Finanzierung durch den Verein geleistet werde, in Einklang zu bringen sei mit dem beschlossenen Sportentwicklungsplan. Es müsste den Vereinen, Schulen, aber auch verstärkt privaten Gruppen und Einzelpersonen Zugang ermöglicht werden. Nach der Vorlage sei eine sporadische Nutzung durch andere Vereine möglich (Seite 108). Er wisse von den Vereinen, dass es große Probleme, gebe Hallenzeiten aber auch Zeiten auf Rasenplätzen oder Kunstrasenplätzen zu bekommen. Einzelsportler und ältere Sportler würden ungern auf Ascheplätzen trainieren. Die eventuelle Umbauung mit einer Schließanlage und einem eventuell Ausschließen der Bürger widerspreche dem Sportentwicklungsplan völlig. Hierzu finde er in der Vorlage keine Aussage.

Herr Mumdey erklärt, unstrittig sei, dass Kunstrasenplätze nicht so einfach der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen könnten wie normale Rasenplätze, da sie sonst nach relativ kurzer Zeit wieder saniert werden müssten. Wie auch bei den anderen Umbauten stelle die Stadt den Grund und Boden zur Verfügung und erwarte dafür, dass den Schulen Zeiten zur Verfügung gestellt würden. Diese Auflage hätten alle Vereine. Allerdings genieße ein Verein, wenn er einen Großteil der Finanzierung übernehme, auch Vorteile bei der Nutzung.

Herr Neu ergänzt, die Plätze, die er kenne, seien alle ausgebucht. Und Mitbürger, die keinem Verein angehörten und Sport auf diesen Plätzen treiben möchten, könnten dies tun; aber nur, wenn ein Übungsleiter oder Lehrer anwesend sei. D.h. während der Übungszeiten könne jeder auf den Plätzen seinen Sport machen.

Herr Klein erklärt, er wisse, dass dies in Bergisch Gladbach so möglich sei. Er möchte nur darauf hingewiesen haben, dass die Handlungsweise in zentralen Punkten dem beschlossenen Sportentwicklungsplan der Stadt Bergisch Gladbach widerspreche. Oder man hätte diesen Part aus dem Sportentwicklungsplan nicht so formulieren dürfen und als Ziel definieren sollen. Mit jeder neuen Entscheidung habe man seit in Kraft treten des Sportentwicklungsplans gegen dieses Ziel verstoße. Ferner schaffe man auf der anderen Seite keine Alternativen. Für Bolzplätze oder Plätze die öffentlich zugänglich, aber in einem maroden Zustand seien, gebe es keine Haushaltsmittel für die Sanierung. Hier klaffe eine Schere auseinander und er sehe keine Lösungsmöglichkeit. Für viele Menschen, die nicht in Vereinen organisiert seien, aber gemeinschaftlich z.B. auf Rasenplätzen Sport treiben möchten, werde kein Angebot mehr vorgehalten. Und dies sei eigentlich das Ziel gewesen. Über dieses Problem müsse man sich Gedanken machen.

Herr Dr. Mieke schlägt Herrn Klein vor, diese Problematik im Haupt- und Finanzausschuss und im Rat anzusprechen.

Herr Dr. Mieke stellt den modifizierten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **einstimmig** bei zwei Enthaltungen aus den Reihen der KIDitiative und der Fraktion DIE LINKE./BfBB folgende Beschlussempfehlung:

- 1. Der kieselrotbelastete Sportplatz Steinbreche wird saniert.**
- 2. Ein entsprechender Zuschuss zur Entsorgung des Kieselrotmaterials wird bei der Bezirksregierung beantragt. Je nach Entscheidung der Bezirksregierung erfolgt, vorbehaltlich der Bereitstellung der Mittel im Haushalt 2013, folgendes weiteres Vorgehen:**
 - a) bei Zuschussgewährung: Entsorgung des Materials im Jahr 2013**

- b) **bei Ablehnung des Zuschusses: Aufbringung eines Geotextil auf dem Sportplatz in 2014 zur Sicherung des Kieselrotmaterials (vorbehaltlich der Bereitstellung der Haushaltsmittel im Haushaltsjahr 2014).**
3. **Die Stadt trägt die Kosten bis zur Errichtung eines Tennensplatzes analog dem Vorgehen bei dem Sportplatz Milchborntal. Der SV Refrath/Frankenforst übernimmt die Mehrkosten für den Neuaufbau des Kunstrasens.**
 4. **Zu den notwendigen Schulsporeinrichtungen erhält der Verein einen Zuschuss in Höhe von 100.000 €.**

16. Anträge der Fraktionen

16.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB auf Einrichtung eines "Runden Tisches" zur Zukunft der Schulen in Bergisch Gladbach 0317/2012

Herr Dr. Miede weist daraufhin, dass die Fraktion DIE LINKE./BfBB einen Änderungsantrag gestellt habe, der soeben verteilt worden sei. Er möchte persönlich dazu drei Anmerkungen machen. Er möchte den zweiten Absatz zitieren und sei empört: „Offensichtlich macht sich die Stadtverwaltung über die gewählten Mitglieder des Stadtrates lustig und versucht einen Vorschlag, welcher dazu beitragen soll, eine solide, sachliche und mehrheitsfähige Lösung in der Diskussion um die Zukunft der Schulen zu finden, in die Nähe von „blutigen Exzessen“ und Revolution zu rücken“. Er fühle sich nicht verspottet. Auch von dem nächsten Absatz „Die armseligen und peinlichen Ausführungen der Verwaltung sind nicht nur eine dreiste Unverschämtheit und Missachtung der Stadtverordneten und ihrer demokratischen Rechte, sondern gehen sehr unsachlich auf die demokratischen Ziele und inhaltlichen Aussagen des Antrages ein“ fühle er sich nicht betroffen. Ferner weise er den fettgedruckten Satz „Die Verwaltung verhöhnt mit ihrer Stellungnahme die berechtigten demokratischen Interessen der Bürgerinnen und Bürger, die bei der Entscheidung um die Zukunft unserer Schulen mitreden möchten“ in seiner Eigenschaft als Vorsitzender dieses Ausschusses zurück. Er fragt Herrn Klein, ob dieser seinen Antrag begründen möchte.

Herr Klein antwortet, die Begründung habe Herr Dr. Miede soeben teilweise zitiert. Jeder könne sich die Begründung auch durchlesen. Er sei aber auch gerne bereit diese vorzulesen: „Die Verwaltung verhöhnte mit ihrer Stellungnahme die berechtigten demokratischen Interessen der Bürgerinnen und Bürger, die bei der Entscheidung um die Zukunft unserer Schulen mitreden möchten“. Die Fraktion DIE LINKE./BfBB habe den Antrag gestellt, einen Runden Tisch in dieser Stadt einzurichten, um über die Zukunft der Schulen in Bergisch Gladbach zu reden. Die Verwaltung habe als Antwort ein Zitat aus Wikipedia gebracht, wonach der gestellte Antrag verglichen worden sei mit Revolution. Die Fraktion DIE LINKE./BfBB habe sich damit nicht ernst genommen gefühlt. Wenn Herr Dr. Miede dem nicht folgen könne, dann sei er darüber enttäuscht. Es sei doch augenscheinlich, dass der Verfasser dieser Vorlage den Antrag nicht ernst genommen habe. In der Vorlage A 12 – Jahresbericht Kultur 2011- verfasst von der Verwaltung - stehe auf Seite 68 unten „Teilnahme an der Plattform Runder Tisch für Multiplikatoren“. Hier finde er keinen solchen Hinweis, der nicht verhöhrend und diskriminierend sei. Auch der Bürgermeister spreche von der „Einberufung eines Runden Tisches für Bensberg“. Er hoffe, dass nun verstanden werde, warum die Fraktion DIE LINKE./BfBB in ihrem zweiten ergänzenden Antrag die Begrifflichkeit in einen sechseckigen, rechteckigen oder ovalen Tisch geändert habe. Es gehe hier um eine Bürgerbeteiligung. Die Antwort der Verwaltung „(...) Da wir uns bei der Arbeit am Schulentwicklungsplan nicht in einem revolutionären Zustand befinden, ist das Instrument des „Runden Tisches“ für die Gestaltung des Schulentwicklungsplanes nicht geeignet. (...)“ sei nicht in Ordnung gewesen. Sie müsse sich daher auch nicht wundern, wenn sie eine „geharnischte“ Antwort erhalte.

Herr Dr. Miede erklärt, der Ausschuss nehme dies zur Kenntnis.

Herr Mönkes erklärt, er könne sich den Ausführungen von Herrn Dr. Miede vollumfänglich anschließen. Die CDU-Fraktion folge dem Beschlussvorschlag der Verwaltung. Die Linke sei natürlich berechtigt, solche Anträge zu stellen. Allerdings sei die CDU-Fraktion nicht unbedingt von der Sinnhaftigkeit eines solchen Antrages überzeugt. Wenn die Linke einen Runden Tisch einberufen möchte, könne sie dies gerne tun und jeden dazu einladen, der daran teilnehmen möchte. Damit sei ja dann das demokratische Interesse gewahrt.

Herr Kleine findet die Wortwahl äußerst drastisch. Die Verwaltung werde in einer Form angegriffen, die nicht ginge. Wenn man zusammenarbeiten wolle, müssten auch gewisse Spielregeln eingehalten werden. Er habe es schon immer für gefährlich gehalten, wenn Menschen ihre Lebensauffassung zum Maß aller Dingen machen würden und Andersdenkende „runtermachen“. In einer Demokratie müsse man auch damit leben, dass eine Auffassung von der Mehrheit nicht geteilt werde. Dies sei hinzunehmen. Hier werde von der Fraktion DIE LINKE./BfBB ein Runder Tisch vorgeschlagen; es entstehe der Eindruck, der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport „habe keine Ahnung“, daher werde ein neues Gremium gesucht. Viele Ausschussmitglieder beschäftigten sich seit Jahren intensiv mit Schulfragen. Oftmals sei es schwierig gewesen einen Konsens zu finden, aber trotz unterschiedlicher Auffassungen habe man dies immer wieder geschafft. Dieser Antrag hier gehe in eine ganz andere Richtung. Die SPD-Fraktion werde diesen Antrag nicht unterstützen und dagegen stimmen.

Herr Klein möchte gerne auf seine Vorredner antworten. Er bittet Herrn Mönkes seine Fraktion nicht als so genannte Linke zu bezeichnen, sondern als Fraktion DIE LINKE./BfBB. Herr Kleine gebe er insoweit Recht. Allerdings müsse dieser auch nachempfinden können, dass mit ernsthaften Vorschlägen so nicht umgegangen werden könne. Es habe sich ja gezeigt, dass der Vorschlag der Verwaltung zur Schulsituation nicht auf Gegenliebe gestoßen sei, sondern sogar große Teile der Bevölkerung auf die Barrikaden gebracht habe. Wenn man dann nach einer anderen Lösung suche und durch einen Runden Tisch auch die Bürger zu Worte kommen lassen möchte, die nicht paritätisch mit vielen Stimmen im Stadtrat säßen, dann sollte man diese Chance auch wahrnehmen. Hier jedoch sei der Vorschlag der Fraktion DIE LINKE./BfBB durch die Verwaltung in einen rechtsfreien Raum gerückt worden.

Frau Beisenherz-Galas findet, man solle das Thema jetzt nicht allzu sehr „hochkochen“. Sie finde es von beiden Seiten etwas satirisch dargestellt und überpointiert. Auch sie halte die Antwort der Fraktion DIE LINKE./BfBB deutlich überzogen und distanzieren sich davon. Allerdings sei auch die Stellungnahme der Verwaltung ein bisschen befremdlich. Sie könne diese auch nicht ganz nachvollziehen. Sie sortiere diese unter Satire ein. Ferner finde sie, sei zu diesem Thema nun alles gesagt.

Herr Dr. Miede stellt den Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB in seiner geänderten neuen Form zur Abstimmung.

Für den Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB stimmt die Fraktion DIE LINKE./BfBB. Bei drei Enthaltungen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und Kiditiative wird der Antrag mit den Gegenstimmen der CDU, SPD und FDP mehrheitlich abgelehnt.

16.2. Antrag der Fraktion Die Linke./BfBB eine 2. Gesamtschule in Bergisch Glad-

bach zu errichten
0218/2012

Herr Mömkes erklärt, die CDU-Fraktion schließe sich dem Verwaltungsvorschlag an.

Herr Dr. Miede erklärt, die SPD-Fraktion stimme ebenfalls dem Verwaltungsvorschlag zu. Es bedarf einer gebührenden Zeit der Überlegung. Hier werde eine Entscheidung für die nächsten 10 bis 20 Jahre getroffen. Daher sei eine ausreichende Beratungszeit nötig, um alle ungeklärten Fragen zu lösen.

Herr Santillán merkt an, nach der Geschäftsordnung sei es üblich, dass der Antragsteller seinen Antrag begründen könne, bevor die anderen Fraktionen dazu Stellung nähmen. Er vertrete Herrn Klein bei diesem Tagesordnungspunkt und möchte als Antragsteller den Antrag gerne kurz begründen. Bei der Präsentation der Elternbefragung unter Top A 6 sei deutlich dargestellt worden, dass ein Bedarf für eine zweite Gesamtschule bestehe (ca. 180 Schülerinnen und Schüler). Dieser Bedarf sei eigentlich schon lange bekannt angesichts der Ablehnungszahlen an der IGP in den letzten Jahren. Darüber gebe es verschiedene Unterlagen, die dem Ausschuss auch immer wieder vorgelegt worden seien. Die Fraktion DIE LINKE./BfBB könne sich vorstellen, ihren Antrag in zwei Teile zu unterteilen. In dieser Sitzung solle der Grundsatzbeschluss für eine zweite Gesamtschule gefasst werden (Punkt 1 des Antrages). Die Standortfrage könne man durchaus vertagen. Zur Standortfrage gebe es auch noch keine konkreten Vorschläge. Eine Gesamtschule im Süden sei im „Gespräch“; Überlegungen über einen Zweckverband würden angestellt. Sollte es konkrete Vorschläge für eine Gesamtschule im Süden geben, sollte man sich dem nicht verschließen. Daher könne der Punkt 2 seines Antrages vertagt werden. Ferner schlage er vor, den Punkt 1 zu ergänzen durch den Auftrag an die Verwaltung, einen Standort für eine zweite Gesamtschule zu suchen.

Frau Beisenherz-Galas erklärt, über die Einrichtung einer Zweiten Gesamtschule bestehe wohl Konsens. Sie sehe da keinen Widerspruch. Allerdings sei die Standortfrage tatsächlich gut zu überlegen. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN hätten noch einen Fragenkatalog, den sie gerne der Verwaltung zur Beantwortung übergeben würden. Die Fraktion könne sich viele Standorte vorstellen. Sie persönlich könne sich auch den Standort Ahornweg vorstellen. Es stünden aber durchaus in der Fraktion noch andere Standorte zur Diskussion. Ein abschließendes Urteil sei noch nicht gefasst. Daher finde sie, sei es Aufgabe der Verwaltung, die Standortfrage aus Sicht der Verwaltung zu überprüfen.

Herr Dr. Miede findet, die Entscheidung solle nicht „über das Knie gebrochen werden“. Die Zeit bis September sei nötig, um alle Fragen zu klären. Für die SPD-Fraktion sei die Entscheidung für eine Gesamtschule und die Standortfrage ein Paket. Daher möchte die Fraktion auch gerne für die Sitzung im September einen konkreten Vorschlag von der Verwaltung haben, wo die zweite Gesamtschule einzurichten sei. Im Grunde bestehe ja Konsens, allerdings nicht bei der Frage, wann welcher Beschluss gefasst werde.

Herr Dr. Kerschner findet auch, dass man dies nicht unbedingt in dieser Sitzung entscheiden müsse, sondern auch im September entscheiden könne. Er möchte aber daran erinnern, dass die KIDinitiative gerne nicht nur eine Möglichkeit, sondern verschiedene Optionen vorgestellt und gegenübergestellt haben möchte. Es solle eben nicht nur die Möglichkeit Ahornweg vorgestellt werden, sondern auch, welche Alternativen es gebe.

Herr Santillán erklärt, für ihn sei noch nicht geklärt, dass man sich über die Einrichtung einer Gesamtschule einig sei. Derzeit sei die Beschlusslage so, dass keine errichtet werden solle. Derzeit habe seiner Meinung nach die Verwaltung keinen Auftrag, einen Standort für die Einrichtung einer zweiten Gesamtschule zu finden. Daher habe er vorgeschlagen, seinen Antrag abzuändern, indem man zunächst eine Richtungsentscheidung treffe und der Verwaltung den Auftrag erteile, einen

Standort zu finden. Eine endgültige Entscheidung könne man dann später treffen. Eine Vertagung würde auch bedeuten, dass die Verwaltung auch keinen Auftrag zur Standortsuche erhielte.

Herr Dr. Mieke entgegnet, der Ausschuss habe der Verwaltung den Auftrag gegeben, den Schulentwicklungsplan weiterzuentwickeln. Die SPD und auch er persönlich sei seit langem für die Gesamtschule. Das es in Bergisch Gladbach bisher nur eine Gesamtschule gebe, habe an anderen Faktoren gelegen, aber nicht an der Sinnhaftigkeit dieser Schulform. Der Ausschuss verhandle hier ein Konvolut, daher sei die SPD-Fraktion für eine Vertagung in den September. Alle möchten das gleiche, aber es solle vernünftig mit Zahlen und konkreten Ergebnissen beraten werden.

Herr Mömkes stimmt Herrn Dr. Mieke zu. Er finde, alleine aus den Ausführungen von Herrn Pütz zur Elternbefragung ergebe sich der Auftrag an die Verwaltung von selbst. Der Wunsch der Eltern liege vor. Daher brauche man keinen Beschluss über einen Auftrag an die Verwaltung. Dies sei normales Verwaltungshandeln. Auch er schließe sich dem Vorschlag von Herrn Dr. Mieke, alles in einem Gesamtpaket im September zu entscheiden, an.

Herr Dr. Mieke stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltung, den Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB zu vertagen, zur Abstimmung.

Für den Beschlussvorschlag der Verwaltung auf Vertagung stimmen die Fraktionen CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und die KIDinitiative. Die Fraktion DIE LINKE./BfBB stimmt gegen den Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Herr Santillan erklärt, dass es nach der Geschäftsordnung nicht möglich sei, Anträge von Fraktionen einfach zu vertagen. Dies sei so nicht vorgesehen und zutiefst undemokratisch. Eigentlich solle man schon darauf bestehen können, dass über Anträge von Fraktionen auch abgestimmt werde. Die Fraktion DIE LINKE./BfBB habe dies mit einem ihrer Anträge bereits in einem anderen Ausschuss erlebt und es geduldet, da sie mit einer Vertagung einverstanden gewesen sei. In diesem Fall allerdings kündige er einen Kommunalrechtsstreit an.

Herr Dr. Mieke erklärt die drei Verfahren bei Abstimmungen. Für ihn sei die Abstimmung formal richtig gewesen.

16.3. Antrag der CDU-Fraktion zur Einrichtung eines zusätzlichen Hauptschulabschlusskurses an der VHS
0337/2012

Frau Beisenherz-Galas teilt mit, die Fraktion BÜNDNIS 90 / Die Grünen stimme dem Anliegen inhaltlich selbstverständlich zu. Allerdings sollten die Kosten für den zusätzlichen Hauptschulabschlusskurs über eine Steuer - die Zweitwohnsitzsteuer - gedeckt werden, die jedoch noch gar nicht beschlossen sei. Hier sehe sie ein Problem.

Herr Mumdey antwortet, es gebe bisher noch keinen Ratsbeschluss, die Zweitwohnsitzsteuer einzuführen. Allerdings könne der Rat in seiner Sitzung am 03. Juli 2012 einen entsprechenden Beschluss im Rahmen des Haushaltes fassen.

Herr Dr. Mieke stellt den Antrag der CDU-Fraktion in der vorliegenden Form vorbehaltlich der Finanzierung zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport stimmt einstimmig für den Antrag der CDU-Fraktion.

17. Anfragen der Ausschussmitglieder

Anfrage von Herrn Klein

Herr Klein hat eine Frage zur Situation des Sportvereins TuS Schildgen nach der Übergabe des Bürgerzentrums an den neuen Träger. Es habe Gespräche gegeben zwischen dem TuS Schildgen und dem Bürgermeister, in denen dem Sportverein versprochen worden sei, diesem ein Grundstück anzubieten, damit der Verein dort eine Vereinsheim und Sportstätte errichten könne oder ein Grundstück mit Übungshalle zu Miete anzubieten. So weit ihm bekannt sei, sei ihnen ein ungeeignetes Grundstück angeboten worden. Die Lage sei ungünstig gewesen, auch hätte die Nachbarschaft Einspruch gegen nötige Baumfällarbeiten eingelegt. Er möchte gerne wissen, ob die Stadt dem TuS Schildgen noch weitere Liegenschaften in Schildgen als Ausgleich anbieten könne, damit diese eine neue Heim- und Sportstätte finde. Er möchte diese Anfrage gerne schriftlich beantwortet haben.

Herr Dr. Speer antwortet, diese Anfrage müsse an das Liegenschaftsamt weitergeleitet werden.

Anfrage von Herrn Klein

Hinter der IGP und dem Hander Sportverein gebe es ein großes Wiesenstück, welches als Bolzplatz genutzt werde. Er habe schon mehrfach mit der Verwaltung gesprochen. Dieser Rasenplatz, der als Bolzplatz ausgewiesen sei, sei früher von vielen Bürgern und teilweise auch von Vereinen, wie dem Football-Verein, genutzt worden. Auf Grund ausgefallener Pflege in den letzten Jahren habe dieser Platz sehr stark gelitten. Es seien Löcher durch Kaninchenbauten vorhanden. Mittlerweile werde der Rasenplatz auch als Hundeklo genutzt. Die Wiese werde zwar gemäht, jedoch müsste dieser Platz, um ihn wieder als Bolzplatz nutzen zu können, wieder gepflegt werden. Man müsse ihn vielleicht nicht so herrichten, wie einen teuren Rasenplatz, aber eventuell könne man etwas mit einem geringeren Aufwand machen. Allerdings müssten die benötigten Haushaltsmittel in einem separaten Antrag beantragt werden. Angesichts des von ihm unter dem Top A15 angesprochenen Ziels im Sportentwicklungsplan könnte der Ausschuss doch eine Empfehlung in den Rat geben. Er möchte anfragen, ob es möglich sei, dass sich der Ausschuss für die Pflege gerade dieses Platzes ausspreche und vielleicht noch vorhandene Restmittel für die Pflege verwende.

Herr Dr. Speer erklärt, der Rasenplatz könne auf Grund fehlender Kapazitäten nur unregelmäßig von der Sportverwaltung gepflegt werden. Die Sportverwaltung werde sich nicht gegen eine intensivere Pflege aussprechen, wenn die nötigen Mittel bereitgestellt würden. Dafür sei wiederum der Rat zuständig.

Herr Kleine fragt, ob es zumindest möglich sei, dass die Sportverwaltung Schilder an den Zugängen aufstelle, dass dort Hunde nicht frei herumlaufen dürften und die Wiese kein Hundeklo sei.

Herr Dr. Miede empfiehlt Herrn Klein als flankierende Maßnahme, dies auch beim Ausschuss für Anregungen und Beschwerden einzubringen. Von dort werde dies in den Fachausschuss weitergeleitet.

Herr Dr. Miede schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

Dr. Wolfgang Miede
Vorsitzender des Ausschusses
für Bildung, Kultur, Schule und Sport

Dr. Lothar Speer
Fachbereichsleiter

Petra Weymans
Schriftführerin